



I. An die
CSU-FW-Fraktion
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Datum:
07.04.2026

[LHM-Schutzbedarf: 2]

Stau vermeiden und Verkehr intelligenter leiten

Antrag Nr. 20-26 / A 05320 von Herrn StR Andreas Babor, Frau StRin Veronika Mirlach, Herrn StR Hans Hammer, Frau StRin Sabine Bär, Herrn StR Thomas Schmid, Herrn StR Hans-Peter Mehling vom 12.12.2024, eingegangen am 12.12.2024

Sehr geehrte Damen* und Herren*,

für die gewährte Fristverlängerung bedanken wir uns.

In Ihrem oben genannten Antrag fordern Sie:

Die Landeshauptstadt München (LHM) wird beauftragt, durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) zukünftig eine schnellere, effizientere und kostengünstigere Planung und Durchführung von Baumaßnahmen an Baustellen im Stadtgebiet zu erreichen. Anstelle längerer Behinderungen an den jeweiligen Baustellen, soll ein fließenderer Verkehr durch den Einsatz intelligenter Baustellenplanung und Verkehrsführung sichergestellt werden.

Nach § 60 Abs. 9 Geschäftsordnung (GeschO) dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine beschlussmäßige Behandlung im Stadtrat rechtlich nicht möglich ist.

Zu Ihrem Antrag vom 18.02.2026 teilen wir Ihnen Folgendes mit:

Oberbürgermeister Dieter Reiter hat 2022 das Baustellenmanagement eingerichtet und damit verbunden auch die Baustellenkoordinierung neu strukturiert. Alle öffentlichen Maßnahmen-

träger (MOR, BAU, MSE, SWM und MVG) haben sich verpflichtet, Baumaßnahmen früh anzukündigen und miteinander abzustimmen.

Das Baustellenmanagement übernimmt die Aufgabe, diese Maßnahmen zu koordinieren, verkehrlich in Einklang zu bringen und im Hinblick auf die bauleistungsorientierte Umsetzung bestmögliche Synergien zu erzielen.

Erschwert wird die Situation durch zahlreiche private Baumaßnahmen, die zuletzt rund 65 Prozent aller Genehmigungen bzw. Anträge ausmachten. Private Maßnahmenträger können aufgrund der geltenden Gesetzeslage weder zu einer übergreifenden Koordinierung verpflichtet werden, noch erhält die Stadtverwaltung regelmäßig frühzeitige Meldungen über geplante Vorhaben. Private Antragsteller*innen haben stets einen Anspruch auf Verbescheidung.

Das Mobilitätsreferat sucht gleichwohl frühzeitig den Austausch auch mit privaten und externen öffentlichen Bauherr*innen, sobald Hinweise über größere Bauvorhaben vorliegen. So konnte insbesondere mit dem Freistaat Bayern, der Deutschen Bahn und zu nahezu allen großen Wohnungsbaugesellschaften eine verlässliche und frühzeitige Dialogkultur aufgebaut werden. Zu komplexen Baustellenlagen wie am Hauptbahnhof, Marienhof und Ostbahnhof finden regelmäßige „Hotspot-Gespräche“ statt.

Technisch unterstützt wird das Baustellenmanagement durch ein geodatenbasiertes Tool, die sogenannten „Baustellenmanagementkarte“. Darin werden Daten und Zeichnungen zu bevorstehenden und geplanten öffentlichen Baumaßnahmen hinterlegt. Zusätzlich kommt das „Multimodale Verkehrsmodell“ bei der technischen Koordinierung zur Anwendung. Dieses dient – vergleichbar mit dem im Antrag erwähnten Tool „TransMOVE“ der Freien und Hansestadt Hamburg – der Erstellung von Verkehrsprognosen. Damit können die Auswirkungen verschiedenster Verkehrsführungsszenarien simuliert und in die Beurteilung der verkehrlichen Verträglichkeit einbezogen werden. Das „Multimodale Verkehrsmodell“ basiert derzeit noch nicht auf Künstlicher Intelligenz, ist jedoch ein wirkungsvolles Steuerungsinstrument. Eine technologische Weiterentwicklung hat das Mobilitätsreferat im Blick.

Der Austausch mit der Freien und Hansestadt Hamburg hat ergeben, dass TransMOVE für die Landeshauptstadt München derzeit nicht geeignet ist, da die vorhandenen Daten in München bislang in unterschiedlichen, zum Großteil noch analogen Systemen vorliegen und damit keine ausreichende Grundlage für einen vergleichbaren Einsatz bieten.

Zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Bereich Temporäre Anordnungen fanden in den vergangenen zwölf Monaten mehrere Abstimmungen mit dem IT-Referat statt. Wünschenswert wäre ein KI-Einsatz insbesondere bei der Vorprüfung und Genehmigung von verkehrsrechtlichen Anordnungen sowie bei der Bearbeitung von Massenvorgängen im E-Mail-Verkehr. Hierzu werden künftig vertiefte Abstimmungen erforderlich sein, insbesondere im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung und die verfügbaren personellen Kapazitäten.

Das seit 2023 vorbereitete IT-Projekt „*Digitalisierung der temporären Verkehrsanordnungen*“ konnte inzwischen finanziell gesichert werden. Hervorzuheben ist unsere Zusage, die laufenden Betriebskosten aus dem eigenen Budget des Mobilitätsreferats zu übernehmen. Nach derzeitiger Planung ist mit einem produktiven Einsatz im Jahr 2028 zu rechnen. In die Ausschreibung der neuen IT-Fachanwendung werden Überlegungen zum Einsatz von KI zur Verbesserung der Antragsqualität, zur Verkürzung der Bearbeitungszeiten sowie der Aufbau einer Wissensdatenbank unmittelbar aufgenommen.

Erlauben Sie mir an der Stelle noch den Hinweis, dass sich Verkehrsbeeinträchtigungen in einer stetig wachsenden Millionenstadt wie München nie vollständig vermeiden lassen. Der öffentliche Raum befindet sich derzeit in einem intensiven Transformationsprozess, der von einer Vielzahl parallel verlaufender Infrastrukturmaßnahmen geprägt ist. Hierzu zählen unter anderem der Neubau des Hauptbahnhofs, die zweite S-Bahn-Stammstrecke, die Erweiterung des Tramnetzes, Maßnahmen im Rahmen der Wärmewende sowie umfangreiche Brücken- und Leitungsarbeiten.

Baustellen sind Ausdruck einer aktiven Stadtentwicklung und sichern die Erneuerung, den Ausbau und den Erhalt der städtischen Infrastruktur. Sie tragen zur Schaffung von Wohnraum und zur Aufrechterhaltung der hohen städtischen Leistungsfähigkeit bei. Trotz der fortlaufenden Steuerung und Koordination durch das Baustellenmanagement wird es daher durch Baustellen immer auch Einschränkungen geben. Das Mobilitätsreferat arbeitet aber mit allen Beteiligten daran, die Zahl und die Zeitdauer der Baustellen – und damit die damit verbundenen Einschränkungen – so gering wie möglich zu halten.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Mit freundlichen Grüßen

Georg Dunkel
Berufsmäßiger Stadtrat
Mobilitätsreferent